



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 09.06.2022**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:02 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Mämecke
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler, Teilnahme bis 19:05 Uhr
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Frau Dr. Burkert, Teilnahme bis 19:44 Uhr
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Ronja Tummescheit	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme bis 18:44 Uhr
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter Geschäftsbereich II
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Steffen Johannemann	Leiter Abteilung Umweltrechtlicher Vollzug
Felix Bürger	Leiter Abteilung Objektbetreuung
Danny Klanert	Leiter Team Controlling / FB Immobilien
Renee Fischer	Sachbearbeiterin Umweltrechtsangelegenheiten
Sarah Lange	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Fragesteller 1 zur Gefahrenabwehrverordnung**

Fragesteller 1 fragte, ob die Verwaltung den Paragraph 12 der Gefahrenabwehrverordnung für rechtssicher hält.

Herr Teschner antwortete, dass immer der Einzelfall betrachtet werden muss.

Fragesteller 1 bezog sich auf die Frauentagsfeier am 8. März 2022 auf dem Steintorplatz und sagte, dass die maschinelle Reinigung erhebliche Kosten verursacht haben muss. Er fragte, ob der Paragraph 12.2 der Gefahrenabwehrverordnung zur Anwendung gekommen ist.

Herr Teschner antwortete, dass die Reinigung durch die Stadt veranlasst wurde. Der Paragraph 12.2 der Gefahrenabwehrverordnung richtet sich an das Plakatieren und kam hier nicht zur Anwendung.

Fragesteller 1 fragte, ob die Verwaltung sein Bildmaterial benötigt.

Herr Teschner verneinte dies, da der Fall bereits dokumentiert wurde.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem Vorsitzenden, **Herrn Raue**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Raue wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 5.6

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung der Umwidmung von Parkflächen

→ im PA 07.06.2022 zurückgezogen

→ Vorschlag: absetzen

TOP 5.4

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Aufhebung des Beschlusses Grundsätze zur Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale) (Beschluss-Nr.: 97/I-29/533)

→ vertagt im PA bis Dez. 2022

→ Vorschlag vertagen

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.05.2022
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Änderung der Richtlinie zum Verfahren der Vergabe sowie Unterhaltung und Pflege von Ehrengrabstätten auf kommunalen Friedhöfen der Stadt Halle (Saale) vom 30. Mai 2018
Vorlage: VII/2022/03969
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße
Vorlage: VII/2022/03913
- 5.2. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Ausweisung einer Hundewiese am Steffensplatz im Paulusviertel
Vorlage: VII/2022/03922
- 5.3. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Prüfung der Einfriedung für eine Hundewiese am Steffensplatz im Paulusviertel
Vorlage: VII/2022/03927
- 5.4. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Aufhebung des Beschlusses Grundsätze zur Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale) (Beschluss-Nr.: 97/I-29/533)
Vorlage: VII/2022/03903 **V E R T A G T**
- 5.5. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle
Vorlage: VII/2022/03916
- 5.5.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle (VII/2022/03916)
Vorlage: VII/2022/04122
- 5.6. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung der Umwidmung von Parkflächen
Vorlage: VII/2022/03648 **A B G E S E T Z T**
6. Mitteilungen
- 6.1. Energiebericht 2022
Vorlage: VII/2022/04152
- 6.2. Anfragen des Stadtrates, Herrn Streckenbach zur Erweiterung des Flughafens Leipzig Halle in der Stadtratssitzung am 25.5.2022
Vorlage: VII/2022/04164

- 6.3. Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04159
- 6.4. Information zum Sachstand Standortstudie Zukunftszentrum
Vorlage: VII/2022/04151
- 6.5. Informationen zum Zustand der Dölauer Heide
Vorlage: VII/2022/04211
7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Anfrage der Stadträtin Beate Gellert zum „Birkenwäldchen“ im Pestalozzi-Park
Vorlage: VII/2022/04009
- 7.2. Anfrage der SPD-Fraktion zu Ladezonen im Paulusviertel
Vorlage: VII/2022/04094
- 7.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur aktuellen Ausstattung mit Abbiegeassistenten im Fuhrpark der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04096
- 7.4. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Schwerpunktkontrolle durch das Ordnungsamt rund um Schulstandorte
Vorlage: VII/2022/04098
- 7.5. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Kulturpflagemassnahmen im Rahmen der Baumpflanzaktionen in der Dölauer Heide
Vorlage: VII/2022/04108
- 7.6. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Prüfergebnis der Befragung zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben
Vorlage: VII/2022/04109
- 7.7. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok zur Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren im Winter
Vorlage: VII/2022/04127
8. Anregungen
9. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.05.2022
10. Beschlussvorlagen
11. Anträge von Fraktionen und Stadträten
12. Mitteilungen
13. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.05.2022

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Änderung der Richtlinie zum Verfahren der Vergabe sowie Unterhaltung und Pflege von Ehrengrabstätten auf kommunalen Friedhöfen der Stadt Halle (Saale) vom 30. Mai 2018
Vorlage: VII/2022/03969**

Frau Fischer brachte die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Krischok befürwortete die öffentliche Behandlung der Vorlage. Des Weiteren bedankte sie sich, dass auf der haleschen Webseite alle vier Ehrengrabstätten hinterlegt wurden.

Frau Jacobi bezog sich auf die Gremienfolge und fragte, weshalb die Beschlussvorlage nicht auch im Kulturausschuss beraten wird.

Frau Fischer antwortete, dass noch die Möglichkeit der Verweisung im Stadtrat genutzt werden kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 4.1 Änderung der Richtlinie zum Verfahren der Vergabe sowie Unterhaltung und Pflege von Ehrengrabstätten auf kommunalen Friedhöfen der Stadt Halle (Saale) vom 30. Mai 2018
Vorlage: VII/2022/03969**

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung der Richtlinie zum Verfahren der Vergabe sowie Unterhaltung und Pflege von Ehrengrabstätten auf den kommunalen Friedhöfen der Stadt Halle (Saale) vom 30. Mai 2018.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße Vorlage: VII/2022/03913

Frau Krischok brachte den geänderten Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Senius fragte, ob es zum geänderten Antrag eine neue Stellungnahme der Verwaltung gibt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Verwaltung an der bisherigen Stellungnahme festhält.

Herr Bürger ergänzte, dass das Konzept zur Netten Toilette im September 2022 vorgelegt wird. Umfragen zur Netten Toiletten laufen derzeit noch.

Herr Senius fragte, wenn die Stadtverwaltung die Ausweitung von behindertengerechten Toiletten für erforderlich hält, ob sich dies auch im Konzept zur Netten Toilette wiederfindet.

Herr Bürger antwortete, dass das Konzept um behindertengerechte Toiletten erweitert wird.

Herr Krischok sagte, dass es sinnvoll wäre, den Antrag gemeinsam mit dem Konzept zu beraten. Sie vertagte den Antrag bis September 2022.

Es gab keinen Widerspruch.

zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße Vorlage: VII/2022/03913

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten in ~~Abprache mit den Gastronomen~~ der Sternstraße (**Kneipenmeile**) bestehen, um eine barrierefreie, behindertengerechte Toilette in der Sternstraße vorzuhalten.

Dabei sollte auch die Variante der Aufstellung einer behindertengerechten Toilette außerhalb der gastronomischen Einrichtungen geprüft werden, deren Benutzung beispielsweise durch einen Euroschlüssel geregelt werden könnte.

Zu prüfen wäre dabei ebenfalls, ob der entstehende finanzielle Aufwand auch durch die Beteiligung der Gastronomen und /oder Fördermittel gesichert werden könnte. Eine Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch Stiftungen oder Sponsoren wäre ebenfalls zu prüfen.

**zu 5.2 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Ausweisung einer Hundewiese am Steffensplatz im Paulusviertel
Vorlage: VII/2022/03922**

Herr Bernstiel brachte seinen Antrag ein und begründete diesen.

Herr Rebenstorf verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Jacobi sprach sich gegen den Antrag aus. Sie regte an, eine größere Fläche für eine Hundewiese zu suchen.

Herr Raue sagte, dass solche Flächen bevorzugt für Spielplätze vorgehalten werden sollten.

Herr Bernstiel merkte an, dass die Wiese bereits als Hundewiese genutzt wird. Hier sollte seiner Meinung nach die Realität in der Stadt anerkannt werden. Er nahm Bezug auf die Aussage von Herrn Raue und sagte, dass es in unmittelbarer Umgebung mehrere Spielplätze gibt.

Frau Thomann sagte, dass es im Paulusviertel sehr wenige Freiflächen gibt, die von Menschen zur Bewegung genutzt werden können. Mit Ausweisung als Hundewiese würden die Konflikte ihrer Meinung nach steigen. Zudem sollten geeignetere Hunde in Umgebungen mit wenig Freiflächen gehalten werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrags.

**zu 5.2 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Ausweisung einer Hundewiese am Steffensplatz im Paulusviertel
Vorlage: VII/2022/03922**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Ausweisung der Grünfläche an der Steffensstraße / Steffensplatz als Hundefreilauffläche (Hundewiese).

**zu 5.3 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Prüfung der Einfriedung für eine Hundewiese am Steffensplatz im Paulusviertel
Vorlage: VII/2022/03927**

Herr Bernstiel brachte seinen Antrag ein und begründete diesen. Er fragte, wer für die Verkehrssicherungspflicht des privaten Grundstücks verantwortlich ist.

Herr Johannemann antwortete, dass die Verwaltung für die gesamte Grünfläche die Verkehrssicherungspflicht innehat.

Herr Bernstiel fragte, auf welchem Teil das Ordnungsamt dann walten darf.

Herr Teschner antwortete, dass das Ordnungsamt immer auf frei zugänglichen Flächen kontrollieren darf.

Herr Bernstiel erklärte seinen Antrag aufgrund der Diskussion für erledigt.

**zu 5.3 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Prüfung der Einfriedung für eine Hundewiese am Steffensplatz im Paulusviertel
Vorlage: VII/2022/03927**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Grünfläche Steffensplatz, die von der Steffensstraße begrenzt wird, die Kosten für die Einfriedung (Zaun) als Hundefreilauffläche zu prüfen. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat einen Monat nach der Beschlussfassung zu diesem Antrag vorzulegen.

**zu 5.5 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle
Vorlage: VII/2022/03916**

**zu 5.5.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle (VII/2022/03916)
Vorlage: VII/2022/04122**

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Menke

Ja, Dankeschön für die Erteilung des Worts. Schönen guten Abend an alle. Der Antrag ist ja schon im Stadtrat eingebracht worden, dazu haben wir schon gesprochen. Es geht uns im Vorliegen darum, die Sicherheit in der Stadt zu erhöhen und nicht die gefühlte Sicherheit zu erhöhen. Wir vertreten die Auffassung, wenn wir was für die Sicherheit tun, will, der muss

vorher ein Konzept machen, weil wenn er nicht weiß welches Ziel er hat, dann weiß er auch nicht, wie er den Weg dahin finden soll und wir sind der Meinung, dass wir mit dem Antrag noch sehr, sehr viel Spielraum noch gelassen haben und wollen da gar nicht so viele Vorgaben an die Stadtverwaltung machen, aber die vergangenen Monate, Frau Wernicke hat ja in der letzten Sitzung gesprochen, haben ja gezeigt, dass auch das Polizeirevier eine zunehmende Kriminalität auf der Straße festgestellt hat.

Wir haben heute einen Bericht der Mitteldeutschen Zeitung auf eine kleine Anfrage hin, da erfährt man eigentlich sogar noch mehr, als das, was Frau Wernicke uns erzählt hat. Es sind inzwischen 57 Verdächtige ermittelt worden, eine Hauptgruppe besteht aus 20 Personen, die sich dann aufteilt in vier- bis fünfköpfige Tätergruppen, ja, ich weiß auch von Einzeltätern, ja, in der Magdeburger Straße sind 2 Abiturienten vor nicht allzu langer Zeit überfallen worden, einer hat zwei Zähne verloren, musste in die Uniklinik gebracht werden. Ja, die kamen aus der Schorre und wollten zum Steintor, um dort mit der Straßenbahn nach Hause zu fahren. Wir halten auf dieses medienrätliche Projekt in der Ziegelwiese nicht für ausreichend als Sicherheitsmaßnahme, weil die Jugendlichen könnten dort dann zwar unter Polizeischutz und Ordnungsamtsschutz und großen Kosten und Medienaufwand feiern, aber der Heimweg ist aber nicht sicher, denn irgendwie müssen sie auch noch nach Hause kommen und wir sind der Meinung, dazu muss man sich einfach mal Gedanken machen auch zusammen mit der Polizei. Wir haben ja inzwischen auch das 24-Stunden-Ordnungsamt. Es muss mehr Präsenz gezeigt werden.

Ja, und zum Änderungsantrag der Linken, wenn ich dann gleich sagen darf: Prävention gehört mit zum Konzept, das ist doch klar, aber Prävention alleine scheint nicht zu reichen, weil die Sozialarbeiter, die Streetworker sind nicht da, wenn die Jugendlichen nach Hause wollen. Die sind dann vielleicht auf dem Platz da, haben wir ja in den Medien gesehen, dass dort auch Streetworker vor Ort waren, ja, aber wenn die Jugendlichen nach Hause gehen, dann haben die gar keinen Schutz und letztendlich, wenn es solche Tätergruppen gibt, die wissen ganz genau, wo sie zuschlagen müssen, die schlagen doch nicht auf der Ziegelwiese zu, wenn das Ordnungsamt und die Polizei anwesend sind, sondern die stellen sich rundherum irgendwo auf und wissen ganz genau, wenn die Jugendlichen von dort weg wollen und wollen zur nächsten Straßenbahn, welche Wege die gehen müssen und deswegen sind wir der Meinung, die Stadt soll zusammen mit dem Polizeirevier sich erstmal Gedanken darüber machen, wie kann man die Sicherheit erhöhen, ein Konzept erstellen und selbstverständlich gehört auch Prävention dazu, aber Prävention alleine reicht nicht. Dankeschön.

Herr Raue

Herr Bernstiel.

Herr Bernstiel

Ja, vielen Dank. Wir hatten ja tatsächlich schon eine kurz abgewürgte Diskussion im Stadtrat und jetzt haben wir es auch in dem zuständigen Fachausschuss und ich möchte direkt auch auf den Punkt kommen und mein Unverständnis darüber ausdrücken, warum sich die Stadtverwaltung hier mit Hand und Füßen wehrt und sogar in der Stellungnahme die Verantwortung alleine auf die Polizei abschiebt. Ich möchte es noch mal nur mal anreisen. Die Punkte, die in unserem Antrag stehen, das sind alles Punkte, die einzig und alleine, vielleicht in einer kleinen Ergänzung die Stadt betreffen. Wir reden hier über eine Verbesserung der Beleuchtungssituation, wir reden, dass das 24-Stunden-Ordnungsamt an diesen Problemzonen eben eingesetzt wird, wir reden den Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität stärker einzubinden, arbeitsfähig zu machen, sich mit relevanten Akteuren zu vernetzen, zum Beispiel Anwohner, Open-Air-Veranstaltungen und der letzte Punkt die Prüfung der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen verschiedener Akteure und Sicherheitsbehörden und das sind Punkte die sind in der kommunalen Zuständigkeit und da

können wir nicht verstehen, warum man hier seitens der Stadt sagt, das wäre alleine Zuständigkeit der Polizei, die Polizei erstellt ein Konzept und das wird schon gut werden.

Was uns fehlt, wir nehmen sehr wohl zur Kenntnis, dass ja, dass über das Problem jetzt auch schon gesprochen wird und einige Maßnahmen ergriffen wurden, Herr Menke hat das ja bereits angesprochen, diese Sicherheitszone auf der Peißnitz, wobei wir sagen müssen, dass wir es sehr traurig finden, dass es mittlerweile erforderlich ist, dass es so eine Sicherheitszone gibt, weil wir insgesamt damit ja kapitulieren und feststellen, das ist in unserer Stadt so unsicher, dass wir speziell eine Zone schaffen können, müssen, wo unsere Jugendlichen dann zusammenkommen.

Und was uns fehlt, ist einfach mal ein klares Bekenntnis jetzt auch der Stadtverwaltung, insbesondere jetzt auch des Fachbereichs Sicherheit, wo man sagt Jawohl, wir haben erkannt, wir haben ein Problem in dieser Stadt, das ist ja gar keine, das ist ja nichts Schändliches, aber einfach mal anzuerkennen, dass es dieses Problem gibt und diesen Jugendlichen, die von unserer Stadt haben, das Signal zu geben, wir gehen jetzt auch dagegen vor und wir nutzen die Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen ressortübergreifend und auch akteurübergreifend, da gehört die Polizei dann mit dazu in ihren Zuständigkeiten und wir gehen jetzt gegen dieses Problem mal vor, das fehlt uns und genau deswegen haben wir diesen Vorschlag gemacht, dieses Konzept einzubringen und wir erwarten jetzt ehrlich gesagt auch, dass hier etwas passiert, denn wir können wirklich nicht nachvollziehen, rein auch auf der Faktenlage, es wurde alles schon genannt und ich will auch nichts wiederholen, sehen wir hier dringenden Handlungsbedarf und deshalb können wir nur dafür werben, diesem Konzept jetzt hier zuzustimmen und wir sehen ehrlich gesagt keine sachlichen Gründe, die jetzt dagegen sprechen. Einmal dieses Signal auszusenden und jetzt mit voller Energie auch gegen dieses leider sehr unschöne Phänomen in unserer Stadt vorzugehen.

Letzter Satz: Damit zusammen und da komme ich später noch drauf, hängen ja jetzt auch Verdrängungseffekte, dass wir jetzt mehr Jugendliche haben, die sich nicht mehr raustrauen, dann zu Hause feiern, oder in ihrer unmittelbaren Umgebung und das führt zu massiven Ruhestörungen, die wir auch nicht mehr mittlerweile kontrollieren können, aber dazu komme ich zu einem späteren Punkt auch nochmal. Also, deshalb kann ich hier nur dringend um Zustimmung werben und bin gespannt auf die Diskussion

Herr Raue

Okay, vielen Dank, Herr Bernstiel. Auch eine umfassende Einbringung. Als nächstes Frau Krischok dann Herr Raue, dann Herr Aldag und danach geht es weiter, bitte, Herr Sinus ja. Frau Krischok.

Frau Krischok

Also, ich fange mal so an: Jugend ist immer rebellisch, das finde ich okay. In meiner Jugend gab es die Leninparkkanne, da wo ich wohnte, die Freundschaftskanne, wer in meinem Alter ist, wird das wissen, das entschuldigt überhaupt nichts, das will ich gleich vornweg sagen, aber die absolute Sicherheit werden wir nicht hinkriegen.

Was uns wichtig ist, ist eigentlich wirklich Prävention und länger wirkende Dinge, also, Polizei, die eine Sache, dafür sind sie zuständig, denke da brauchen wir uns nicht weiter drüber zu unterhalten. Was ich wirklich wichtig finde, wir haben das Beleuchtungskonzept, gut, da kann man vielleicht mal draufgucken, ob die eine oder andere Ecke noch besser gemacht werden muss, aber das ist ja auch unsere Aufgabe, das ist kein Thema. Warum verhindert die Verwaltung trotz zig Beschlüssen den Präventionsrat? Das kapieren wir überhaupt nicht.

Es könnte so einfach sein, wenn das so etwas passiert wäre und in diesem Zusammenhang ist mir persönlich aufgefallen, dass wir vor etlichen Jahren mal einen sogenannten Polizeibeirat hatten. Ich weiß, dass wir manchmal gedacht haben, wir können ja nichts beschließen in den Polizeibeirat, aber wir haben dadurch sehr, sehr regelmäßig, zwar übrigens Erlass vom Land damals, ist aber nicht zurückgenommen worden, also, jetzt kann, es muss jetzt nicht mehr sein, aber es kann sein, und zwar hatten wir da wirklich aus allen Fraktionen logischerweise Polizei, Stadt ist klar, Fachbereich Sicherheit, oder damals hieß der noch irgendwie anders. Warum kann man sowas nicht wieder einrichten, dann hätten wir hier die Chance nicht bloß einmal im Jahr so eine Berichterstattung über Aktuelles zu bekommen?

Auf der anderen Seite aber auch unsere Ideen damit einzubringen und das weiß ich, geht aber nur, wenn die Verwaltung auf die Polizei zugeht, die Verwaltung arbeitet ja zusammen und das wir dann vielleicht wieder, also, am Begriff, muss ich sagen, hängen wir nicht unbedingt, weil das sieht ja dann wirklich so wie Landessache aus, der Polizeibeirat, aber damals hieß das Ding so, wäre ich dankbar, deshalb haben wir das auch in unserem Antrag mit reingenommen, ansonsten hat das ja jeder gelesen, dass wir besonders die städtebaulichen Sachen schon in der Planung mit rein haben wollen, da kommen wir immer wieder auf Prävention und zeitig und möglich alles mitzudenken und insofern möchten wir gerne so die Öffnung etwas wirklich im Sinne der öffentlichen Sicherheit auf lange Frist gerne haben. Soweit vielleicht.

Herr Raue

Okay, vielen Dank, Frau Krischok.

Aus meiner Fraktion folgende Hinweise mal noch: Wir haben jetzt auch Ihren Antrag gelesen, Ihren Änderungsantrag, ja, nehmen Sie es mir nicht übel, der ist ganz schön wenig qualifiziert jetzt, um uns hier weiterzubringen, wenn sie rein ihren Fokus wieder auf in die berühmte rechte Ecke richten, das kann ich nicht verstehen, weil die Stadt Halle hat damit tatsächlich kein Problem. Wir haben eher ein Problem eben mit Ausländerkriminalität, das ist unser Schwerpunktproblem in Halle.

Ich habe Sie schon so oft... Ja, jetzt habe ich das Wort. Ich habe das im Stadtrat auch schon so oft gesagt, insofern ist auch dem Antrag jetzt von Freien Wählern und auch die CDU an der Stelle zu danken, dass die das selbst mittlerweile erkannt haben. Ich war überrascht, dass die Verwaltung trotzdem den Antrag jetzt formell abgelehnt, das bedaure ich natürlich sehr. Wir finden das aus AfD-Sicht auch unheimlich wichtig, dass jetzt tatsächlich mal vielleicht gerade noch rechtzeitig dieses Thema, nicht nur mithilfe der Presse, sondern auch im Stadtrat mal in die Öffentlichkeit kommt.

Was mir am Antrag tatsächlich noch fehlt, ist vielleicht nochmal die Fokussierung darauf, auf die Benennung und Beleuchtung der Tätergruppen, auch in Bezug auf ihre Herkunft, auf ihre Ethnien, auf ihren Migrationshintergrund, denn ich denke, das ist ganz besonders wichtig für die Bürgerinnen in dieser Stadt, denn die müssen ja im Prinzip, bestimmen die ja immer wieder alle 4 Jahre, wollen wir im Prinzip die Politik, die übergeordnete Politik, so weiter betreiben, oder sehen wir jetzt Alarmzeichen und müssen mal eine Notbremse ziehen und zu sowas ist dieser Antrag auch wirklich gut geeignet, denn was wir erleben, ist eben nicht nur, dass viele Menschen zu uns kommen jetzt nach Deutschland, die sogenannte Migrationserfahrung haben, Nein, sie haben auch Gewalterfahrung und diese Gewalterfahrung, die leben sie teilweise bei uns aus.

Und die Frau Wernicke hatte sich ja das letzte Mal mit der Vorstellung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik ein bisschen eingeschränkt und auch sehr zurückhaltend geäußert. Ich habe mir mal die Mühe gemacht, ohne Sie jetzt mit Zahlen zu quälen, das können Sie alle nachlesen, weil sie können diese PKS auch... Nein, jetzt nicht, jetzt rede ich, danach dann,

können Sie das gerne machen. ... die, man kann die PKS, die polizeiliche Kriminalstatistik auch nach Kreisen und kreisfreien Städten spezifizieren, das kann jeder, so ist die aufbereitet, und da habe ich gesehen, dass im Prinzip die Ausländerkriminalität durch alle Belange in der Stadt Halle mit mehr als 30 Prozent, also, über alle Bereiche, Phänomenbereiche 30 Prozent beträgt.

Bei der Gewaltkriminalität haben wir natürlich noch mal eine Schippe draufgelegt, wie immer, da hat sich, also, sozusagen keine Besserung ergeben zu den konstant hohen Zahlen der letzten Jahre, und jetzt kommen wir einfach in die Situationen, das könnte sich jetzt statistisch alles entspannen, weil viele der Ausländer die zu uns gezogen sind in Teilen zumindest nach und nach die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen und wenn die, die deutsche Staatsbürgerschaft haben, dann gelten sie nicht mehr als Ausländer, das heißt, sie sind als Problem, Problemkinder nicht mehr adressierbar, nicht mehr auffindbar und das müssen wir mit aller Kraft verhindern, deswegen müssen wir jetzt auch darüber reden, denn wir haben, Sie können das auch gerne selbst sehen in anderen deutschen Großstädten, da rennen die Zahlen richtig davon. Dieses Problem mit Bandenkriminalität, was wir jetzt hier besprechen im Ausschuss, das schreckt uns alle auf, aber in den alten Bundesländern ist das eine Lage, die, da hat die Polizei schon aufgegeben und die Polizei wird das hier möglicherweise auch nicht in Griff bekommen, weil das, das sind eben junge Menschen, die nehmen, die vertreiben sie von einem Ort, dann gehen die zum anderen Ort, weil es einfach einträglich ist, sich so Dinge zu beschaffen, die man sich nicht leisten kann, deswegen, wir begrüßen den Antrag, unterstützen ihn auch.

Und ich wünsche mir vonseiten der Verwaltung an dieser Stelle auch noch mehr Problembewusstsein, denn was wir hier haben, ist tatsächlich momentan auch eine Kapitulation des Rechtsstaats, denn wie Herr Bernstiel schon sagte, wenn wir jetzt Plätze schaffen müssen, auf denen unter Polizeischutz eine Feier möglich ist, weil sonst die Sicherheitslage nicht gewährleistet werden kann, also, wenn wir die Sicherheit im öffentlichen Raum schon nicht mehr feststellen und absichern können, was ist denn dann für eine Zukunft zu erwarten? Und deswegen will ich ganz ohne irgendwie tolle Sprüche hier den Antrag loben und werde dem auch zustimmen.

So, jetzt hatte ich einen Geschäftsordnungsantrag gesehen, ich hoffe nicht, liebe Frau Krimmling-Schoeffler, dass Sie jetzt ein Ende der Debatte, weil wir haben noch andere, der Herr Senius hatte sich gemeldet und der Herr Aldag hatte sich noch gemeldet, es wäre lieb von Ihnen, wenn Sie eine freie Diskussion zulassen, dass wir es hier nicht verdrängen das Problem, wir wollen es ja nicht verniedlichen, wir wollen es ernsthaft beraten.

Frau Krimmling-Schoeffler

Das möchte ich auch, deswegen würde ich mich freuen, und es ist zum wiederholten Male, dass Sie, wenn Sie etwas zu sagen haben und es länger dauert und es so eine rassistische Scheiße ist, die Sie von sich geben, das nicht als Ausschussvorsitzender machen, sondern einfach dann mit Herrn Aldag kurz tauschen. Ist nicht so schwer, haben wir jedes Mal, Herr Raue, und ich würde das einfach wirklich gerne im Protokoll haben, dass wir Sie wieder drauf hingewiesen haben. Und ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, 95 Prozent hier im Ausschuss sitzen auch einfach betreten da und gucken nach unten, wenn Sie was sagen.

Herr Raue

Nochmal liebe Frau Krimmling-Schoeffler, Sie bekommen jetzt natürlich eine Rüge von mir „rassistischen Scheiß“, den bringt hier niemand.

-Zwischenrufe-

Herr Raue

Das war leider keine Wahrheit und Sie hatten nicht das Wort. Und ich wüsste auch nicht, was Herr Aldag jetzt hätte anders machen können, ich habe eine Rede gehalten, Herr Aldag ist ein freundlicher Mensch, der hätte mich da auch nicht unterbrochen und insofern, ich habe auch nicht zu lange geredet und jeder, der von mir das Wort bekommt, der kann so lange sprechen, wie er möchte.

Das heißt, also, wir müssen uns mal an eine gewisse Form jetzt hier halten. Wer das Wort hat, der hat es auch, den unterbreche ich auch nicht, es sei denn, es wird unsachlich. Das war es jetzt, ja, also, das muss ja nicht sein. So, lieber Herr Aldag, Sie haben jetzt das Wort. Ja, Herr Rebenstorf und danach Herr Aldag und der Herr Senius.

Herr Rebenstorf

Gut, ich muss mich nochmal ganz schnell, an das, was Frau Krimmling-Schoeffler ausgeführt hat, anschließen. Die Ausschussvorsitzenden dienen dazu, dass er die Sitzung leitet, dass er für die ordnungsgemäße Durchführung der Sitzung da ist, dass er uns hier alle untereinander koordiniert, das Wort gibt und Herr Feigl kann das mittlerweile auch sehr, sehr gut im Planungsausschuss, dass er weiß, wenn seine Zeit gekommen ist, um mit dem Winkler zu tauschen und dann sitzt Frau Winkler neben mir und Herr Aldag, Entschuldigung, Herr Raue, ich habe es ein paar Mal schon gesagt gehabt, es ist einfach besser, wenn Sie dann tauschen, da brechen Sie sich keinen Zacken aus der Krone, das ist alles okay, ich freue mich, dass auch Herr Aldag dann mal neben mir sitzt. Es geht nur darum, dass derjenige, der neben mir sitzt, rein für die Sitzungsleitung verantwortlich ist und wenn inhaltlich wichtige Dinge sind, wird getauscht. Frau Müller macht das auch öfters mal in der Stadtratssitzung und das gehört einfach zur demokratischen Gepflogenheit mit dazu. Ich kann da seitens Verwaltung nur nochmal dafür werben, dass das auch hier so gehandhabt wird und dann ist alles okay und dann können Sie erzählen von der Seite da drüben aus und dann passt das für uns hier. Vielen Dank.

Herr Raue

Herzlichen Dank Herr Rebenstorf, wir nehmen mal jetzt zur Kenntnis, dass Sie sich jetzt hier in die große Mehrheit einreihen wollen. Klarer Widerspruch von mir, das, was Sie sagen, ist einfach, hat nichts mit Demokratie zu tun, dass, Herr Aldag wird mir das im Landtag bestätigen, da ist es gang und gäbe, derjenige, der dort den Ausschuss lenkt und leitet, dass der jederzeit in der Sache, die besprochen werden kann und wird, das Wort erhebt und führt und auch so lange wie er möchte, der tauscht da nicht mit jemandem anderen, ja, das machen alle Herr Aldag und es würde mich wundern, wenn das nicht so ist, deswegen werde ich das auch tun, wenn ich denke, dass es wirklich notwendig ist. Hier habe ich bewusst nicht polemisiert, hier habe ich nur sachlich gesprochen, Wahrheiten ausgesprochen, das ist wichtig, dass das möglich ist und ich freue mich auch, dass es langsam hier im Ausschuss auch immer besser klappt und irgendwann wird auch Frau Krimmling-Schoeffler das jetzt mal schlucken und wir kommen dann zügig durch und jetzt hat aber der sehr geehrte Herr Aldag das Wort und danach der Herr Senius. Bitteschön Herr Aldag.

Herr Aldag

Gut, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielleicht noch so viel: Erstmal im Landtag ist es tatsächlich so, die Vorsitzenden halten sich daran, die Sitzung zu leiten, das ist äußerst wenig der Fall, dass die sich so in die Diskussion einmischen, aber das nebenbei, Sie sind ja nicht mehr da. Es ist so und war auch in der Vergangenheit so.

Vielleicht nochmal zu dem, was Sie sagten Herr Raue, es ist alles gut, Sie dürfen hier alles sagen, Sie dürfen das auch in Ihrer aller Länge, alles okay, aber Sie machen das in einer Regelmäßigkeit. Sie sagen, das sind Wahrheiten, das sind Ihre Wahrheiten und Sie stellen das hier so dar, als wäre das allgemein gültige Wahrheit und das ist nicht so. Das muss man ganz klar hier feststellen und ganz klar sagen und den gewähren Sie hier einen Raum und

ich finde, das kann man sich, wenn Sie dann als Ausschussvorsitzender vorne sitzen, das sollten Sie sich dann nicht antun, das so darzustellen, das können Sie vielleicht machen, wenn Sie dann hier mit am Tisch sitzen, aber nicht als Ausschussvorsitzender.

Aber kommen wir vielleicht mal noch mal zur Sache. Wie gesagt Schade, dass es auch jetzt durch Ihren Beitrag aus meiner Sicht jetzt nicht ganz so sachlich war, wie das im SGGA-Ausschuss gelaufen ist, ich glaube, da ist eine sehr sachliche Diskussion gelaufen und wenn ich es vielleicht mal zweiteilen möchte: Zum einen, was die Polizei angeht, ich glaube, da hat Frau Wernicke im letzten Ausschuss nochmal klar dargestellt, das Problem dargestellt, ist, glaube ich, allen bewusst und da schließt sich, glaube ich, niemand hier aus, auch keine Fraktion, keine Partei aus, dass das Problem klar ist, dass das Problem auch alle erkennen und auch alle, glaube ich, ja, ich meine, unwahrscheinlich unterschiedliche Lösungsansätze haben, wie man das Problem, oder wie man die Herausforderungen angehen kann.

Frau Wernicke hat, glaube ich, sehr klar dargestellt im letzten Ausschuss, was die Polizei tut. Die Frage ist jetzt, was wir als Stadt machen und Herr Bernstiel, ich gebe Ihnen ja recht, wir müssen etwas tun, das was aber und das war im SGGA-Ausschuss auch sehr klar von meinem Kollegen Jan Döring dargestellt, alles, was Sie aufgeführt haben, muss man tun und ist eigentlich per Beschluss schon ab, müsste am Laufen sein. Und es ist gerade tatsächlich Aufgabe der Verwaltung, das, was wir bereits beschlossen haben und das, was Sie alles aufgeführt haben, nämlich die Punkte, die in Ihrem Antrag drin sind, letztendlich umzusetzen. 24-Stunden-Ordnungsamt läuft jetzt, glaube ich, kommen, müssen noch ein paar Nachbesetzungen stattfinden oder ist es schon, Herr Teschner, können Sie vielleicht etwas dazu sagen. Alle anderen Sachen, Beleuchtungskonzept ist am Laufen. Präventionsrat ist alles da. Das heißt und das ist unsere Position zu den Anträgen, auch zu dem Antrag der Linken, wir brauchen im Moment gerade nicht mehr Erarbeitung, sprich das Binden von Personal in der Verwaltung, um jetzt ein neues Konzept zu erarbeiten, das bindet auch wieder Personal, sondern wir brauchen jetzt Verwaltungspersonal, dass die Beschlüsse, die bereits gefasst sind, jetzt umsetzt und man dann entsprechend tätig wird. Das ist, glaube ich, den ersten Schritt, den wir tun müssen, anstatt jetzt wieder Kräfte zu binden, um Konzepte zu erstellen. Papiertiger, die letztendlich irgendwo in der Schublade verschwinden.

Wir haben alle in den unterschiedlichsten Ausschüssen, unterschiedlichste Erfahrungen mit der Erstellung von Konzepten. Sie brauchen lange Zeit, was dann drinsteht, mit dem sind wir meistens nicht zufrieden, das heißt, das macht nochmal Runden und wir kriegen dann durch die Erstellung des Konzeptes nicht jetzt eine Lösung jetzt zu dem Zeitpunkt. Und wir brauchen jetzt eine Lösung, wir brauchen jetzt Maßnahmen, die wirken, die Stadt ist jetzt mit einer Maßnahme vorangekommen, da muss man jetzt Erfahrungen gesammelt. Beim ersten Mal, ich glaube, nach dem ersten Mal müssen wir das noch nicht gleich wieder abbrechen, sondern man muss das ein paar Mal machen und gucken, wie relativiert es sich. Ich habe jetzt mitbekommen, dass sich natürlich die Jugendgruppen, die weichen aus und gehen, verstreuen sich jetzt über die ganze Stadt, die sind also ganz woanders, würde für mich jetzt heißen, ein Teil der Jugendgruppen will gar nicht diesen sicheren Raum, wenn sie jetzt wieder ganz woanders hingehet. Aber das muss man alles auswerten, aber ich plädiere nochmal dafür, wirklich jetzt zu gucken, die Inhalte, die im Antrag drinstehen, sind alle in großen Teilen bereits durch Beschlüsse abgedeckt, diese Beschlüsse müssen von der Verwaltung zügig umgesetzt werden und das muss erstmal gemacht werden und wie gesagt, nichts anderes sagt der Antrag aus. Man könnte ihn eigentlich für erledigt erklären, weil das, was da drinsteht, sollte eigentlich schon gemacht sein und die Verwaltung müsste jetzt einfach das jetzt umsetzen und dafür alle Kraft aufwenden und jetzt nicht nochmal ein neues Konzept erstellen.

Herr Raue

Vielen Dank, Herr Aldag. Bevor ich Herrn Senius das Wort gebe, Herrn Aldag, Sie hatten mich jetzt angesprochen, normal hätte ich jetzt nicht reagiert, aber da Sie jetzt das so hingestellt haben in aller Öffentlichkeit, als würde ich lügen, oder die Zahlen, die ich nenne, die würden falsch sein. Ich will da an der Stelle bitte noch einmal bekräftigen, das, was ich gesagt habe laut Protokoll, da können Sie ja dann Wortprotokoll beantragen, das, was ich gesagt habe, das sind, tut mir leid Frau Lange, das sind Fakten. Auch wenn Sie die Fakten bestreiten, bleiben es Fakten.

Wir haben ein großes Problem mit Ausländerkriminalität in der Stadt und bei der Schwerekriminalität haben die 30 Prozent und mehr Anteil und in vielen anderen Städten weit über 30 Prozent Raub, Gewaltdelikte. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen und dafür brauchen wir Öffentlichkeit. Ich finde es nicht gut von Ihnen, wenn Sie mich so als Lügner hinstellen, das müssen wir nicht machen, ja, also, Sie dürfen auch alles sagen, was Sie sagen, ja...

-Zwischenrufe-

...aber die Zahlen sind nun mal da.

Herr Aldag

Herr Raue, Stopp. Ich verwehre das, dass Sie behaupten hier im Ausschuss, ich würde Sie als Lügner bezeichnen, das stimmt nicht.

Herr Raue

Das habe ich auch nicht gesagt, Herr Aldag.

Herr Aldag

Doch (*unverständlich*) im Moment gerade gesagt. Sie interpretieren meine Aussage völlig falsch und das machen Sie mit anderen Sachen auch.

-Zwischenrufe-

Herr Raue

Herr Aldag, bitte. Sie dürfen die polizeiliche Kriminalstatistik deswegen nicht falsch interpretieren öffentlich, Sie haben eine Verantwortung als Stadtrat und als Landtagsabgeordneter.

-Zwischenrufe-

... dann würden die Menschen draußen manipuliert werden und das wollen wir alle nicht. Jetzt hat der geschätzte Herr Senius das Wort.

Herr Senius

Also, ich verkneife mir jetzt die eine oder andere Kommentierung, zu dem, was Sie ausgeführt haben. Das mache ich sehr bewusst, aber diese Aussage, dass man andere manipuliert, lieber Herr Raue, über die würde ich nochmal nachdenken oder es zumindest versuchen.

Ich habe drei Fragen an die Verwaltung, und zwar, in Ihrer Stellungnahme zum Antrag Hauptsache Halle und CDU-Fraktion führen sie ja aus, dass die Polizei derzeit ein Konzept erstellt. Wissen wir, wann dieses Konzept vorliegen soll? Und Sie führen weiter aus, dass dort auch die Themen Streetworking und Ordnungsbereich miteinander verknüpft oder einfließen. Das wäre für mich die zweite Frage: In welcher Form ist die Stadt bei der Erstellung dieses Konzeptes der Polizei eingebunden. Und die dritte Frage, die ich habe,

bezieht sich auf den Änderungsantrag der Linken. Ich habe jetzt von der Verwaltung keine Stellungnahme zum Änderungsantrag der Linken gehört und würde daher gern auch für meine Entscheidung eine Auffassung der Verwaltung mitnehmen.

Her Raue

Herr Teschner bitte.

Herr Teschner

Ja, vielen Dank. Also, zunächst einmal finde ich es sehr schade, dass die Diskussion, die jetzt hier begonnen wurde und die auch sicherlich richtig ist zu führen, nicht schwerpunktmäßig im letzten Ausschuss stattgefunden hat, wo Frau Wernicke anwesend war. Das war eigentlich aus meiner Sicht die beste Grundlage, um hier bestimmte Dinge zu besprechen, aber da waren Sie sich eigentlich alle einig, da gab es kaum Fragen, da gab es ein Nicken und mehr hat da nicht stattgefunden. Es war angekündigt im Stadtrat, dass es im nächsten Ausschuss stattfindet und so war es dann auch und jetzt kommen wir zur Diskussion, wo die Polizei nicht anwesend ist, das finde ich einfach bedauerlich.

Wir haben relativ klare Stellungnahme der Verwaltung, die auf die Zuständigkeiten erstmal abhebt, wer für was eigentlich zuständig ist und das ist auch bei Raubstraftaten ganz klar so. Es gibt halt bei solchen Dingen einfach mal die Notwendigkeit Täter zu ermitteln und das macht die Polizei gerade, das macht sie bereits seit Wochen, bereits seit Monaten und auch wie man hier lesen kann, nicht ohne, durchaus auch erfolgreich. Zahlreiche Maßnahmen, die jetzt hier möglicherweise in der Diskussion stehen, werden auch schon umgesetzt, ich würde mich lieber gerne über einzelne Maßnahmen, die Sie vorschlagen unterhalten, als jetzt hier einfach nur ein Konzept zu erarbeiten, um ein Konzept zu erarbeiten.

24-Stunden-Dienst ist seit 1. Juni in Umsetzung, das geht dann einfach unter, ich denke aber, das ist ein wichtiger Beitrag, der schon seit, seitdem wir alle mit Ihnen über die Personalplanung und die Mittel hingearbeitet haben, mehrere Fraktionen hatten es beantragt oder zumindest angeregt, da gab es verschiedenen Diskussionen, die in Ergebnis auch dazu geführt haben, insofern sehe ich das als gemeinsames Ergebnis mit dem Stadtrat zusammen. Ich denke, darüber können wir uns erstmal freuen.

Das Projekt Ziegelwiese ist seit Jahren auch in Diskussionen, dass man versucht einen Raum zu schaffen, wo man dann sagt, ja, wo können wir denn nun hingehen, ohne jetzt sofort zu stören, das ist jetzt also nichts, was hier aufgrund des Antrags geschaffen wurde, sondern die Ziegelwiese als Raum ist schon seit längerer Ortes diskutiert worden.

Das Konzept der Polizei befasst sich natürlich in erster Linie, also, erstmal ist es polizeiliche Aufgabe hier, die Täter zu ermitteln und weitere Straftaten zu verringern. Das ist ganz klar und darauf zielt das auch ab. Und die Maßnahmen laufen ja auch schon. Und was die Zusammenarbeit betrifft, funktioniert das derzeit, ich muss mal sagen fast reibungslos, mit Streetwork, mit dem Ordnungsbereich der Stadt Halle und auf der Straße mit der Polizei. Wir stehen da Seite an Seite. Die Ziegelwiese ist ein Beispiel dafür. Wir möchten das nicht zu sehr vermischen mit diesem, ja, Straßenraubphänomen, das ist jetzt nicht so, dass jetzt jeder sofort überfallen wird, es ist schon halt ein Angebot, was ja auch immer wieder gefordert wurde, auch von Eltern, zu sagen, wo können wir denn unsere Kinder hinschicken und wer das möchte, der kann das annehmen, wer das nicht möchte, das ist natürlich durchaus nachvollziehbar, der macht das nicht.

Zuletzt am vergangenen Samstag war es eher verhalten, da waren ja sowieso Gruppen am Tag da, abends waren es vielleicht nur so 60 Mann, die da waren. Es hat sich noch nicht herumgesprochen, wir werden das aufrechterhalten, auch länger aufrechterhalten, jetzt in den Sommermonaten und jeder kann für sich entscheiden, ob er dahingehet oder nicht, als junger Mensch, ja, und ich finde es ein bisschen schade, dass wir nicht nur über einzelne

Maßnahmen sprechen, vielleicht kommt ja noch eine Anregung, was man aus Ihrer Sicht noch machen können, aber sehr, sehr viel setzen wir bereits um, über die Maßnahme die wir gemacht haben.

Und wer glaubt, dass die Raubstraftaten jeweils hier in diesem Jahr verstärkt hatten, aufhören, weil wir eine Lampe mehr reinschrauben, der irrt sicher hier ganz gewaltig. Diese Täter müssen ermittelt werden, die müssen gegebenenfalls in das Gefängnis, wenn sie denn diese schweren Straftaten begangen habe und strafmündig sind und das ist polizeiliche Aufgabe.

Herr Raue

Herr Senius, hatten Sie noch eine Nachfrage?

Herr Senius

Ich habe eine Nachfrage. Einmal, ich habe jetzt verstanden, wir wissen nicht, wann die Polizei dieses Konzept erstellt, da haben Sie jetzt keine Aussage dazu gemacht, ich gehe mal davon aus, das weiß die Stadt nicht und es gibt für die Konzepterstellung auch keine institutionelle Zusammenarbeit. Wenn ich Sie falsch verstanden habe, könnte Sie es gleich berichtigen, aber was mich schon ein bisschen beschäftigt, Herr Teschner, ist, dass Sie jetzt mehrfach bedauert haben, dass Sie lieber über einzelne Maßnahmen sprechen würden. Meine Bitte zielte darauf ab, mal die einzelnen Maßnahmen, die im Änderungsantrag der Linken genannt sind, dann vonseiten der Verwaltung zu bewerten, das würde aus meiner Sicht zumindest zu meiner Entscheidungsfindung einen Beitrag leisten.

Herr Raue

Herr Teschner, wollen Sie eine Bewertung vornehmen?

Herr Teschner

Also, die Gesamtbewertung bleibt die Gleiche. Ich glaube, es hilft uns hier in beiden Fällen nicht weiter. Der Präventionsrat ist sicherlich eine Sache, die einfach zum Leben erweckt werden muss, ich möchte aber, wenn man das jetzt noch verkoppelt mit der anderen Thematik, dann wird es, glaube ich, noch mal länger dauern. Der Präventionsrat muss wieder, das ist ja im Prinzip auch Polizeiberatung, das ist ja auch eine Institution, das ist ähnlich, der Ansatz ist vielleicht ein bisschen anders, aber eins von beiden sollten wiederhaben. Ich finde es schade, dass wir noch nicht wieder aktiviert haben letzten Endes.

Ja, Beleuchtungskonzept ist beschlossen, das ist in weiten Teilen auch umgesetzt, das ist ja dann, den Stand kennen Sie. Kennen Sie nicht? Aber, das ist beschlossen, das ist in Umsetzung. Ja und vielfältige Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten, ja, das ist, denke ich mal, was die Stadt ja auch auszeichnet, das haben wir auch schon, dass wir jetzt viele Grünflächen eigentlich haben. Leider haben wir die nicht hin, das unterscheidet uns von Landkreisen, in wohnarmen Gebieten. Wir haben immer Anwohner dran, wo es, wenn es mal ein bisschen lauter wird, wo es zu Störungen kommt, das ist klar, ich glaube, an attraktiven Plätzen mangels dieser Stadt nicht, die haben wir auf jeden Fall. Ziegelwiese ist ja halt ein Vorschlag, wo auch die Wohnhäuser ein bisschen weiter weg stehen.

Und was die sozialen Rahmenbedingungen, ja, die öffentliche Infrastruktur betrifft: Schulsozialarbeiterin und Streetworker, das ist natürlich auch ein Thema, was sehr weit ist, was jetzt hier auch, glaube ich, nicht lösbar ist, indem man sagt, wir schreiben ein Konzept und das ist so tiefgreifend und langwierig, allein das Thema Schulsozialarbeit, das kennen Sie ja bestens auf Landesebene, ist sehr umfassend und die Streetworker, ich habe sie jetzt auch mehrfach getroffen vor Ort, die sind sehr engagiert, die sind auch durchaus zu den entsprechenden Schwerpunktzeiten da an den Örtlichkeiten da, unterstützen hier super auf der Ziegelwiese. Das ist die Stellungnahme zu dem Änderungsantrag. Sie müssen es am

Ende diskutieren, ich glaube, bei dem Phänomen, was jetzt hier ursprünglich ausschlaggebend war, hilft es allerdings nicht weiter.

Herr Raue

Okay, vielen Dank, Herr Teschner. Herr Bernstiel, danach Herr Menke.

Herr Bernstiel

Ja vielen Dank Herr Teschner für die Ausführungen. Zunächst muss ich, oder möchte ich nochmal gerne auf das eingehen, was Herr Raue gesagt hat, denn Sie haben ja, glaube ich, schon ein paar Sachen auch durcheinander gewürfelt, und ich möchte nicht und da spreche ich, glaube ich, auch für den Mit Antragsteller Hauptsache Halle Freie Wähler, dass unser Antrag da jetzt instrumentalisiert wird. Das ist ein Phänomen, wenn Sie mit der Polizei sprechen, werden Sie es auch erfahren, was sowohl Jugendliche mit Migrationshintergrund betrifft, als auch Jugendliche explizit ohne Migrationshintergrund. Und wenn es eine Gruppe betroffen hätte, dann hätten wir das auch so geschrieben, aber es ist ein Problem mit Jugendkriminalität, was sich über viele Bevölkerungsschichten zieht, auch mit verschiedenen Hintergründen und wir verheimlichen nichts und wir fügen auch nichts hinzu, das möchte ich auf jeden Fall auch nochmal klargestellt haben.

Und jetzt finde ich es doch, ich finde es einfach schade, dass wir uns hier schon wieder ein Stück weit im Kreis drehen, die Punkte, die die Polizei betroffenen die wurden auch mit der Polizei besprochen, aber die Punkte, die eben die Polizei nicht besprechen, die besprechen wir gerade hier heute, und Herr Teschner, dann sagen Sie doch bitte, welche Maßnahmen Sie konkret ergreifen und ich will auch noch mal sagen, wir können ja nur mit den Mitteln agieren, die wir als Stadtrat zur Verfügung haben, ich habe bereits im März eine Anfrage gestellt zur Gewaltkriminalität, da kann man jetzt sagen, das betrifft die Polizei, man kann aber auch als Stadt sagen, oh, wir erkennen das Problem und wir holen diese Anfragen, oder diese Antworten als Stadtverwaltung von der Polizei ein und stellen sie einem Stadtrat zur Verfügung. Ich habe da nur einen Satz als Antwort bekommen und dieses Konzept, das wissen wir doch auch sehr wohl, das soll ja die Aufforderung sein, dass hier agiert wird und dass gehandelt wird und dass mit den Jugendlichen auch mal gesprochen wird.

Gehen Sie doch mal in die Schulen, ich weiß, die Grünen haben demnächst nochmal ein Treffen mit einigen Jugendlichen. Wir waren an mehreren Schulen und sprechen Sie mit den Jugendlichen, die sagen Ihnen ganz konkret, die haben Angst, die haben Angst und dann können wir uns nicht hinstellen als Stadt und können das Ignorieren und sagen, das ist nur Aufgabe der Polizei und gehen Sie doch bitte mit über diese Brücke, wir wollen doch hier gar keinen verantwortlich machen, oder mit dem Finger auf jemanden zeigen, was wir wollen ist, dass jetzt deutliche Signale kommen mit den Punkten, die wir angesprochen haben, dass dieses Problem erkannt wird, dass man gegen dieses Problem vorgeht und ja, auch mit den Mitteln der Stadt und der Stadtverwaltung, des Ordnungsamtes und vielleicht an verschiedenen Stellen einfach noch Beleuchtung aufstellt, häufiger Präsenz zeigt, denn wir wissen auch, wie unsere Polizei aufgestellt ist. Es wurde zum Beispiel reichen Herr Teschner, ganz konkret, wenn man Sie mal sagen würden, das Ordnungsamt ist jetzt an gewissen Bereichen, da, wo wir wissen, dass es häufiger zu Überfällen und Übergriffen kommt, einfach präsent, läuft dort Streife, steht dort eine Weile, parkt dort mal ein Auto, das sind gar keine Dinge, die jetzt groß aufwendig sind, aber solche Signale würden ja schon mal helfen, dass man einfach die Bevölkerung auch mal ein Stück weit beruhigt.

Und das ist das, was wir mit diesem Konzept erreichen wollen und keine Instrumentalisierung, wir wollen nicht pauschalisieren, wir wollen keinen Populismus draus machen, aber Fakt ist auch und das muss ich nochmal ganz klar in Richtung Wolfgang Aldag sagen und auch diejenigen, die gesagt haben, das wäre ja alles schon erledigt, wenn dann alles so gut funktionieren würde, dann stellen wir uns doch mal die Frage, warum wir jetzt über 60 Täter haben, gegen die ermittelt wird, warum wir eine anhaltende Welle an Gewalt

und Übergriffen auch haben, dann ist doch offensichtlich für uns die Erkenntnis, wir zählen diese Fälle seit November 2021, dass die Maßnahmen, die jetzt da sind, nicht funktionieren und was ist unsere Antwort darauf, die kann doch nicht sein, es ist alles da und warten wir jetzt einfach mal ab, bis es besser wird.

Das ist doch eigentlich der Casus knaxus an dieser ganzen Sache, dass das, was momentan aufgeführt wird, offensichtlich nicht wirkt und dass wir uns wünschen, dass mehr getan wird, als da, was bereits da ist.

Herr Raue

Herr Teschner nochmal und dann Herr Menke.

Herr Teschner

Also, ich glaube, das ist kein Geheimnis, keine Neuigkeit, dass wir uns, was die Präsenz betrifft an den Örtlichkeiten ausrichten, wo es sich auch lohnt und ich habe schon auch einige Nächte an den Schwerpunkten verbracht, mit Jugendlichen gesprochen und natürlich ist es, wenn Sie das jetzt mal hören wollen, ja, wir sind genau dort, wo wir Vorfälle haben, das ist ja das und insofern, ist das jetzt kein Geheimnis und keine Neuigkeit, dass die Stadtverwaltung vor Ort ist, am Landesmuseum, am Bebelplatz, am Galgenberg, an der Ziegelwiese, am Riveufer und auch an allen anderen Örtlichkeiten, wo sich junge Menschen treffen. Das ist ja schon lange so, wir konnten das bis jetzt nur in den eingeschränkten Dienstzeiten machen. Wir hatten in den vergangenen Sommern zeitweilig ausgeweitet auf bis früh um vier und seit gut einer Woche haben wir es jetzt rund um die Uhr und natürlich sind wir auch zur Nachtzeit dort.

Herr Raue

Herr Menke, danach Herr Krause.

Herr Menke

Dankeschön. Erstmal Herr Aldag, ich meine, Sie haben den Antrag ein bisschen verkürzt dargestellt, Sie haben das Ganze fokussiert auf fünf Anstriche, die wir hier reingeschrieben haben, haben aber vollkommen weggelassen, was wir oben drübergeschrieben haben. Oben drüber steht nämlich, insbesondere folgende Aspekte sollten in die Erstellung des Konzeptes einfließen. Das ist keine abschließende Aufzählung, sondern das sind ein paar Beispiele, wo wir sagen, Mensch, da gibt es ja schon was, was man aktivieren kann, aber das soll ja nicht das Konzept dann schon sein, ja, sondern wir erwarten einfach von der Verwaltung und von der Polizei, wenn die sich zusammensetzen.

Und schönen Dank für den Vorschlag an die Linke, den Polizeibeirat wieder zu aktivieren, das hätte auch in seinem Konzept stehen können, wenn die Verwaltung sich denn dazu durchgerungen hätte, zu sagen, jawohl, wir machen so ein Konzept, vielleicht sogar ohne Anregung des Stadtrates, die Verwaltung kann ja auch ohne uns mal handeln, ja, hätte man ja auch sagen können, wir wollen den Polizeibeirat wieder aktivieren, aber das gehört ja gerade zu seinem Konzept.

Ja, und woher sollen wir denn noch wissen, ob nicht in der Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt, Verwaltung und Polizei noch ganz neue Ideen geboren werden, auf die wir hier im Saal gar nicht kommen, deswegen haben wir gesagt, wir lassen uns Spielraum, ja, und ich meine gerade, das spricht ja auch dafür, zu sagen, die Verwaltung soll sich mal mit der Polizei zusammensetzen, um dort neue Dinge zu entwickeln, neue Ideen, vielleicht erfährt auch die Verwaltung von der Polizei, Mensch, da gibt es im Ruhrgebiet eine Stadt, die hat auch so ein Problem gehabt und die haben ein Sicherheitskonzept entwickelt, unterhältet euch doch mal mit denen, wovon wir doch hier gar nichts wissen.

Oder sollen wir jetzt als Stadträte auch noch anfangen, Kriminalitätsforscher zu werden? Und was doch ganz bedenklich ist, dieses Beispiel mit den beiden Abiturienten, dass ich gerade gesagt habe, da hat der eine nur deshalb zwei Zähne verloren, es werden wahrscheinlich mehr gewesen, weil der andere sein Messer rausgeholt hat und hat dem Angreifer in die Hand gestochen und dann ist der geflüchtet. Wollen wir denn, dass die Abiturienten jetzt anfangen sich alle zu bewaffnen, wenn sie eine Abiturfeier machen wollen? Frau Wernicke hat gesagt, auf keinen Fall bewaffnen, ruft die Polizei und die sagen, zu mir lachend, wenn die nach 10 Minuten da sind, sind wir ja schon totgeschlagen, ja, das machen die, die lesen das in der Zeitung, was alles passiert und dann denken die sich, jetzt stecken wir uns ein Messer ein.

Vor 20 Jahren war ich bei einer bekannten Journalistin in Ostberlin und der 14-jährige Sohn ging raus und ich sah, wie der sich in so einer Bomberjacke ein Taschenmesser reinsteckte, da sage ich, was hast du dir denn gerade reingesteckt, da sagt der ein Messer, damit sie mir draußen nicht die Jacke abziehen. Das war abends um sieben, acht Uhr, Winter, es war schon dunkel und da kam er an und sagt, ich habe noch ein zweites Messer und zeigte mir noch eins, was er in seinem Strumpf stecken hatte. Ja, wollen wir solche Verhältnisse haben? Da kann man doch mal über das Konzept nachdenken und mit der Polizei reden und gucken, ob sie nicht noch aus anderen Städten Erfahrungen haben und da kann man doch nicht sagen, dass wir schon beschlossen haben, das Ding ist eigentlich erledigt, wenn wir das nur als, insbesondere, dass diese Aspekte einfließen sollen, anführen.

Und zum Präventionsrat muss ich mal sagen, meine Fraktion fragt bei jeder Stadtratssitzung, was denn mit dem Präventionsrat ist und bei der letzten Frage habe ich so eine blöde Antwort gekriegt, ja, da frage ich nach und bekomme ich als Antwort, das ist eine gute Frage. Ja, will die Verwaltung nicht, wollen wir erst handeln, wenn die ersten toten Jugendlichen auf der Straße liegen? Dann müssen Sie überhaupt nicht so murren, wenn die Jugendlichen sich bewaffnen. Ich beschäftige mich mit den Themen. Ich habe von einem Psychologen einen Aufsatz gelesen, der sagt, wer sich ein Messer einsteckt, stellt sich auch darauf ein, das Messer zu benutzen.

Vielleicht sollten Sie ja mal eine Umfrage in den Schulen machen, machen Sie doch mal eine Umfrage in den Schulen, bei Kindern ab 16, ob die abends ein Messer mitnehmen, wenn sie auf die Straße gehen, können sie ja anonym machen.

Herr Raue

Vielen Dank, Herr Menke. Herr Krause bitte

Herr Krause

Ich wollte Ihnen nur zeigen, ich habe immer ein Messer dabei.

Herr Menke

Herr Krause, Sie sind aber nicht 16.

Herr Krause

Aber das benutze ich immer zum Apfelschälen und etc. Ich habe das noch nie als Tatwaffe für mich gesehen, oder Flaschenöffner und so. Was mich eigentlich interessiert, sind zwei Sachen. Es sind ja viele Anregungen und nochmal kritische Anfragen gestellt worden, also, das Thema Präventionsrat kann ich unisono unterstreichen, da müsste eine Schlagzeile und Verbindlichkeit her, die mit Sicherheit was passieren müsste. Mich würde nur mal interessieren was anderes, der Antrag fast ja das Thema Sicherheit, für mich, eigentlich sehr eng. Also, für mich ist Sicherheit, zum Beispiel auch IT-Sicherheit im Stadthaushalt zu, Beispiel, also, das ist für mich ein ganz anderes Thema, das zu eng und nur zu kriminalisieren, ist für mich zu eng gedacht, also, Sicherheit, dann müsste man erstmal anfangen den Sicherheitsbegriff zu definieren, den wir dahaben und momentan wird er

definiert nur über Jugendkriminalität, also, von daher muss ich schon mal sagen, das finde ich schwierig. Die IT-Kriminalität ist viel gravierender, die auf uns zukommt, als die physische. Das ist also nochmal das eine Thema.

Aber ich wollte nochmal die Verwaltung fragen, seit wenigen Wochen ist ja dieses Portal sag es uns Halle wieder aktiv. Da hatte ich ja das letzte Mal schon mal gefragt, wie viel zum Beispiel Anzeigen zu Ordnungswidrigkeiten, was Parkraum etc. betrifft, da sind ja die statistischen Auswertungen gekommen. Inwieweit laufenden auch zum Thema Sicherheit im engeren Sinne, wie wir es jetzt diskutiert haben, dort Anfragen oder Anzeigen, weil das ist ja eine schnelle Meldung, ich kann gezielt erfassen und ich kann dann eine Analyse über das Stadtbild entwickeln. Ist das bei Ihnen mit auf dem Radar, dass das mit in diesem Kontext bewertet wird?

Herr Raue

Herr Teschner.

Herr Teschner

Ich weiß jetzt nicht genau, was Sie meinen. Anzeigen, ist ja was anderes als einen Hinweis, als eine Beschwerde. Oder meinen Sie Straftaten? Da wäre es ja gar nicht zuständig. Eine Anzeige, also, eine Straftat müsste zur Polizei, wenn es jetzt Hinweise zur Sicherheit, indem Sinne, wie wir es jetzt diskutieren, gehen dort so gut wie nicht ein.

Herr Krause

Also, ich habe da heute mal reingeguckt, gestern waren acht Einträge, heute sind es vier. Man könnte das Portal natürlich öffentlich wirksamer noch platzieren, auch für das Thema Sicherheit. Aber wenn es dort aber nichts dort aufläuft, ist ja dann doch noch eine höhere gefühlte Sicherheit, als wir das momentan, wie das hier kolportiert wird.

Herr Teschner

Also, das Portal ist ja das niedrighwellige Angebot, dass Kleinigkeiten, wie hier ist übrigens ein Schlagloch und so sag's uns einfach, das sagt ja auch der Name schon, Dinge, wo man einfach mal sagt, das müssen wir nur sagen, dann wird es gemacht, dafür ist das ja eigentlich gedacht. Nicht, das einer sagt, ich fühle mich hier unsicher, tut was, weil das ist ein bisschen schwierig das, das ist auf Masse angelegt. (unverständlich) Kleinigkeiten, dass die Verwaltung Kenntnis erlangt von Dinge, die sie ohne Probleme abstellen muss. Ich glaube, das Phänomen, das wir hier jetzt besprechen, ist keine Frage des Portals und die Informationen, das muss man auch klar sagen, was diese Taten betrifft, die Straftaten, die liegen ja auch bei der Polizei, nicht bei der Stadt Halle, weil dort werden die Anzeigen erstattet, dort werden die Ermittlungen geführt, dort werden die Täter vernommen, das heißt, dort fließen die Informationen zusammen und das hat mit dem Portal jetzt nichts zu tun und dort gehen die Kleinigkeiten des Alltags ein, dafür ist es gedacht. Wir haben pro Jahr bis zu 4.000 Meldungen, also, es kommen auch sehr viele rein insgesamt.

Herr Krause

Ganz kurz nochmal dazu. Für mich ist im Grunde wiederum, was vorhin beklagt worden ist, die nicht ganz erkennbare proaktive Zusammenarbeit zwischen Polizei und Stadt, also, ob nun, also, was für ein Beirat, Arbeitsgruppe etc., aber zum Beispiel das Thema Aufhellen des Dunkelfeldes, also, wir sprechen ja nur vor Anzeigen vom Hellfeld kriminalistisch gesprochen, das Dunkelfeld dient letztendlich mit solchen Mitteln für meinen Begriff, auch und das niederschwellig, also, deswegen finde ich das durchaus als ein Mittel, das die Stadt, oder die Polizei zusammen agieren, dort eine Möglichkeit hat, Zugriff zu, oder sagen wir mal, das Dunkelfeld aufzustreuen.

Herr Teschner

Also, die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Polizei, auf die lasse ich hier nichts kommen, weil, das basiert auch nicht auf, brauchen wir keine Hinweise von außen, dass die hier intensiv sein muss, das ist so, wir hören uns täglich und besprechen auch alle aktuellen Entwicklungen, da muss uns keiner darauf hinweisen, dass wir das sollten. Ein Dunkelfeld erhellt man durch Ermittlungen, da kriegt man ja raus, was möglicherweise (unverständlich) ein Täter, und der erzählt mir was über andere Taten, die man nicht auf dem Schirm hatte. Die Polizei kann das Portal ja auch lesen, aber dort geht es nicht um diese Taten, die wir, wie gesagt, hier besprechen. Das finden Sie nicht. Sie können sich ja alles durchlesen. Diese vielen Phänomene, die dort eingehen, da werden Sie kaum was finde, wo Sie sagen, da ist noch eine Tat, die ich noch nicht kenne. Das würde ich nahezu ausschließen.

Herr Raue

Herr Aldag.

Herr Aldag

Ja, ich wollte nur noch mal ganz kurz nochmal vielleicht nochmal meine Argumente präzisieren, weil das, glaube ich, nicht ganz verstanden wurde. Ich hatte ausgeführt, dass wir deswegen auch den Antrag ablehnen und auch ein Konzept nicht zielführend finden, weil das, was in den Spiegelstrichen steht und tatsächlich durch viele Beschlüsse schon abgedeckt ist, nicht alles, aber teilweise in großen Teilen. Ich habe nicht gesagt, dass die Maßnahmen, die jetzt eventuell ergriffen, werden ausreichend sind und deswegen man kein Konzept, also, das ist von Ihnen Herr Bernstiel falsch verstanden worden und das will ich so nicht stehen lassen, weil ich auch gar nicht weiß, was die Polizei alles an Maßnahmen bereits ergreift. Frau Wernicke hat im letzten Ausschuss einiges erläutert, was die Polizei bereits schon macht, nachdem sie im Herbst 21 die Herausforderung erkannt hat, hat sie ein paar Maßnahmen schon gezeigt, oder aufgezeigt, wie die Polizei entsprechend reagiert hat.

Und dann noch auch zur Präzisierung: Ich habe den Antrag schon richtig gelesen, ich habe die Spiegelstriche herausgegriffen, weil das, was drüber stand, für mich wirklich ein Grund war, oder für uns im Grund war, den Antrag auch abzulehnen, weil auch das haben die Ausführungen von Frau Wernicke im letzten Ausschuss, in der letzten Ausschusssitzung, gezeigt, die Aussage, dass wir eine wachsende Ausbreitung eines Bandengeschehens im gesamten Stadtgebiet haben, das hat Frau Wernicke so nicht bestätigen können, wir haben das da extra angefragt, Frau Wernicke hat auch noch mal den Begriff des Bandengeschehens genauer definiert. Auch das muss man, glaube ich, berücksichtigen, das steht hier im Antrag, eben auch in den Vorbemerkungen so drin und deswegen können wir denn so nicht mittragen.

Herr Raue

Okay, vielen Dank. Gut, dann möchte ich doch trotzdem nochmal in eigener Sache kurz sprechen, weil Sie es jetzt wieder angeführt haben. Dieses Bandengeschehen und so, das ist natürlich alles irgendwie definiert. Die Frage ist immer wieder, wie man so eine Definition legt, also, ganz gefühlt, ist ja dieses jetzt ein offensichtlich neues Phänomen für die Stadt, dass sich Jugendliche zusammenfinden, ob sie es Banden nennen, oder Gruppen, wie auch immer, es ist eigentlich egal, es kommt ja aufs Selbe heraus, die finden sich zusammen, um eine Dominanz herzustellen, andere einzuschüchtern und bestenfalls ohne Gewalt, aber auch mit Gewalt jemanden abzuziehen. Das ist das Phänomen, was wir haben. Und wenn Sie jetzt sagen, Herr Aldag, wir haben überhaupt gar kein Problem mit wachsender Bandenkriminalität, wir haben ein Problem mit dieser Art von Kriminalität.

Das müssen wir jetzt, Sie müssen es ja nicht Bandenkriminalität nennen, aber das ist ein Phänomen von Jugendkriminalität, was offensichtlich in der Stadt, entweder aufwächst, was schlimm ist, oder aber schon lange Bestand hat und immer nur verheimlicht wurde, was noch viel, viel schlimmer ist, aber aus diesem Ausschuss und aus diesem Stadtrat sollten doch

bitteschön das Signal an die betroffenen Jugendlichen gehen, wir haben euch verstanden, wir tun alles dafür, dass ihr in Sicherheit feiern könnt, dass ihr in Sicherheit nach Hause kommt, Schulwege habt, oder Wege von irgendwelchen Feierlichkeiten, Abendwege habt, die ihr in Sicherheit beschreiten könnt. Und wir tun auch alles dafür, dass unsere Seniorinnen und Senioren sicher in den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können, sicher zu Kultureinrichtungen und Kulturstätten fahren können, das muss das Signal sein und das Signal senden Sie gerade jetzt nicht, wenn Sie anfangen, das alles schon wieder zu verniedlichen.

Auf der einen Seite werfen sie sehr gern vor, zu pauschalisieren, oder gegebenenfalls noch zu popularisieren, aber, wenn man dann das Problem beschreibt, ist es, denke ich, unser aller Verantwortung es jetzt ernst zu nehmen und zu sagen, ja, das ist ein Antrag von der CDU, aber ich als Grüner unterstütze das, weil es mir um die Sache geht und dazu würde ich Sie jetzt aufrufen, als AfD-Kollege, nicht als Vorsitzender und wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann würden wir... Herr Menke bitte. Frau Krimmling-Schoeffler.

Herr Menke

Ja, Dankeschön, ich wollte nochmal auf das erwidern, was Herr Aldag gerade gesagt hat. Also, das ist nicht richtig wiedergegeben, was Frau Wernicke gesagt haben soll von Ihnen, Frau Wernicke hat auf meine Frage gesagt, es gibt nicht die Bande, also, Betonung auf die, sondern sie hat gesagt, es gibt eine größere Tätergruppe, aus der sich dann einzelne Gruppierungen wieder herauskristallisieren, die losziehen und so steht es auch heute in der MZ. Die Hauptgruppe besteht aus 20 Personen, die überwiegend 13 bis 18 Jahre alten Tatverdächtigen kennen sich untereinander, handeln aber zumeist aus kleineren Gruppen von fünf bis zehn Personen hinaus.

Und die juristische Definition von Bande ist, wenn sich mindestens drei Personen zusammentun, um eine Tat zu verüben, sind sie eine Bande, das muss nicht so sein, dass die erst eine schriftliche Vereinbarung schließen und sagen, wir haben jetzt vor, für die nächsten fünf Jahre daraus unser Einkommen zu erzielen, sondern eine Bande bin ich in dem Moment, wo ich mich mit drei Leuten zusammentun und sage, jetzt wollen wir eine Straftat verüben, da reicht auch eine. Es müssen nicht drei sein, ja, und so hat Frau Wernicke das gesagt, sie hat die Betonung auf die gelegt, es gibt nicht die Bande.

Herr Raue

Okay, vielen Dank, Herr Menke. Dann Frau Krimmling-Schoeffler und danach Frau Thomann.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja, also, ich will nur nochmal sagen, einige im Ausschuss sind wirklich lernresistent, aber ich möchte das auch nochmal sagen, also, erstens, weise ich das hier zurück, dass wir als Ausschuss das nicht ernst nehmen, was die Sicherheit unserer Jugendlichen angeht, also, ich glaube, wir nehmen das sehr ernst, weil sonst würden wir nicht hier sitzen und diskutieren darüber, es ist unglaublich.

Und das zweite ist, Herr Menke, ich habe das auch so verstanden, dass es, also, ich habe es nicht so verstanden, dass es nicht die Bande gibt, sondern dass wir noch nicht da sind, dass wir von Bandenriminalität sprechen können und das möchte ich hier auch noch mal betonen, sie hat gesagt, das sind Gruppen und die Gruppenmitglieder wechseln zum Teil, aber sie hat explizit gesagt, es sind keine Banden und das möchte ich jetzt hier auch in dem öffentlichen Teil so nochmal gesagt haben.

Herr Raue

Frau Thomann, bitte.

Frau Thomann

Ich wollte das gleiche Problem ansprechen, meines Wissens hat Frau Warnecke definitiv klargestellt, dass es sich bei Bandenkriminalität im Sinne Straffälligkeit und Polizei, um verfestigte Strukturen handeln muss, mit entsprechenden Hierarchien und das ist definitiv hier nicht der Fall. Es sind lose Gruppen, die offenbar auch immer jedes Mal in unterschiedlicher Zusammensetzung agieren und auch Herr Raue kann zur Kenntnis nehmen, dass solche Definitionen dann gelten und nicht permanent mit seinen privaten Definitionen arbeiten hier in der Öffentlichkeit.

Herr Raue

So, ich wollte... Ja, genau, da haben wir doch noch eine ganz spannende Debatte geführt. Dann danke ich dafür und dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag und da frage ich die sachkundigen Einwohner, genau ja, wir müssen natürlich erst den Änderungsantrag der Fraktion die Linke abstimmen. Da frage ich als Erstes die sachkundigen Einwohner: Wer stimmt der Änderung zu? Zwei, Drei. Gegenstimmen? Zwei, drei, okay und Enthaltungen gibt es in dem Sinne nur ein. Okay, dann ist der mit Patt abgelehnt. Die Stadträte: Wer stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion die Linke zu? Eins, zwei, drei, vier. Gegenstimmen? Eins, zwei, drei, vier. Gut, dann ist der Antrag auch mit Patt abgelehnt und Stimmenenthaltungen? Zwei, wunderbar.

Okay, dann kommen wir zur Abstimmung des ursprünglichen und unveränderten Antrages. Wer stimmt dem Antrag zu, die sachkundigen Einwohner zuerst? Eins. Gegenstimmen? Drei, vier, fünf. Enthaltungen? Eine. Gut, dann sind die sachkundigen Einwohner nicht überzeugt gewesen. Die Stadträte: Wer stimmt dem Antrag zu? Vier. Gegenstimmen? Vier, fünf, sechs. Okay, das ist auch deutlich und Enthaltungen gibt es dann nicht. Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Das ist aber schade.

-Zwischenrufe-

Herr Raue

Ich nehme das zur Kenntnis, Frau Thomann.

-Wortprotokoll Ende-

**zu 5.5 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle
Vorlage: VII/2022/03916**

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung (**insbesondere das Ordnungsamt und das Team Streetwork**) wird beauftragt, ~~gemeinsam mit dem Ordnungsamt und dem Team Streetwork~~ in enger Kooperation mit der örtlichen Polizeibehörde **und der HAVAG** ein Konzept zu erstellen, welches die Ziele hat, die Sicherheitslage in der Stadt Halle (Saale) zu verbessern, die Verunsicherung in der Bevölkerung zu reduzieren und die wachsende Ausbreitung eines Bandengeschehens im gesamten Stadtgebiet zu unterbinden.

Das zu erstellende Sicherheitskonzept weist die derzeitigen Kriminalitätsschwerpunkte in der Stadt Halle (Saale) auf **aus** und legt dar, mit welchen **Mitteln Zielen und Maßnahmen die Verwaltung** Ordnungsamt und Team Streetwork gemeinsam mit der Polizei künftig Ordnungswidrigkeiten und Straftaten im Vorfeld verhindern **für mehr Sicherheit sorgen** will.

Insbesondere folgende Aspekte sollten in die Erstellung des Konzeptes einfließen:

- **Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern nach einer Verbesserung der Beleuchtungssituation an als unsicher empfundenen Orten (siehe Studie von städtischen Streetworkern unter Jugendlichen)**
- **Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern für eine zeitnahe Umsetzung des 24-Stunden-Dienstes des Ordnungsamtes für eine Verstärkung der Präsenz des städtischen Vollzugsdienstes an Problemstellen**
- **Arbeitsfähigkeit / Einbindung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität“**
- **Vernetzung mit relevanten Akteuren (z.B. Anwohnerinitiativen, Open-Air-Veranstalter)**
- **Prüfung der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen verschiedener Akteure und Sicherheitsbehörden durch die Vernetzung von IT-Systemen bzw. die gemeinsame Nutzung von Daten, beispielgebend könnte hier die Zusammenarbeit der Halleschen Verkehrs-AG mit der Polizei sein.**

Das Konzept wird aufgrund der angespannten Sicherheitslage umgehend erstellt und der Stadtrat wird über **den Zwischenstand** dieses im Mai 2022 informiert.

zu 5.5.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzeptes für die Stadt Halle (VII/2022/03916)
Vorlage: VII/2022/04122**

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadt erarbeitet ein präventives Ordnungs- und Sicherheitskonzept, das das Problem zunehmender Gewaltbereitschaft in Halle in den Fokus stellt. Das Konzept folgt dem Ansatz, dass die Ursachen hierfür komplex sind und sich nicht eindimensional erklären lassen. Besonders die Gewalt unter Jugendlichen verstärkte sich in der letzten Zeit. Auch Fälle von häuslicher Gewalt nahmen zu. Seit Jahren ist Halle zudem einer der Schwerpunkte rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Die Prävention und deren zielgerichtete Koordinierung durch aktive Netzwerkarbeit müssen einen festen Platz in der Sicherheits- und Ordnungspolitik der Stadt erhalten. Es muss darum gehen, berechnete Ordnungs- und Sicherheitsinteressen von Einwohner*innen und die Suche - meist junger Menschen - nach Freiräumen möglichst ohne Repression miteinander in Einklang zu bringen, um diesem komplexen Thema tatsächlich gerecht zu werden.

In dem Konzept sind die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

1. Vernetzung verschiedener Strukturen durch ein aktives Wirken des Präventionsrates, die Wiederbelebung des Polizeibeirates, die Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates sowie weiterer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen
2. zügige Umsetzung der Maßnahmen des Beleuchtungskonzeptes
3. frühzeitige Einbeziehung von Nutzer*innengruppen bei Planungen städtebaulicher Projekte
4. vielfältige Begegnungs-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten auf den städtischen Freiflächen für die unterschiedlichen Nutzer*innengruppen
5. Die sozialen Rahmenbedingungen müssen mit der öffentlichen Infrastruktur in der Stadt verbessert werden, insbesondere im Hinblick auf Schulsozialarbeiter*innen und Streetworker*innen vor Ort.

zu 6 **Mitteilungen**

zu 6.1 **Energiebericht 2022** **Vorlage: VII/2022/04152**

Herr Klanert informierte anhand einer Präsentation über den Energiebericht 2022.

Frau Jacobi bat um genauere Ausführungen zur Begrenzung der Wasserentnahmestellen.

Herr Klanert sagte, dass mit Wasserentnahmestellen beispielsweise Wasserhähne gemeint sind. Die Entnahme des Wassers wird zum Beispiel durch den Einsatz von Impulsgebern gedrosselt.

Frau Jacobi fragte, ob das Universitätsklinikum (ehemals Frauenklinik) in der Magdeburger Straße schon energieeffizient saniert wurde.

Herr Klanert sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Jacobi fragte, welche Maßnahmen nachhaltige und energieeffiziente Beschaffung beinhaltet.

Herr Klanert sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Menke fragte, ob die Verwaltung schon über eine weiße Flachdachplanung nachgedacht hat.

Herr Klanert antwortete, dass er die Idee mit aufnehmen wird.

Herr Krause bezog sich auf die Statistik des Energieverbrauchs und sagte, dass für ihn kein Abwärtstrend erkennbar ist.

Herr Klanert bestätigte, dass diese Abbildung nicht sehr aussagekräftig ist. Bei der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen werden solche Daten nochmal standortspezifisch erhoben.

Frau Thomann fragte, ob es Richtlinien in der Stadtverwaltung gibt, in welchen Fällen eine Raumkühlung möglich bzw. notwendig ist, damit der Energieverbrauch strukturiert wird.

Herr Klanert antwortet, dass es dazu noch keine weitere Verständigung gibt. Er verwies auf die Arbeitsstättenverordnung, die besage, dass eine Raumtemperatur über 30 Grad nicht mehr zulässig ist.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, ob es angedacht ist, für die Scheibe A Verschattungselemente kurzfristig zu schaffen. Des Weiteren fragte sie, ob es konkrete Ideen zur Regenwassernutzung gibt.

Herr Klanert antwortete, dass eine Sonnenschutzfolie bereits angebracht wurde, was bedingt Abhilfe schaffen wird. Zur Frage der Regenwassernutzung sagte er, dass es noch keine konkreten Ideen gibt.

Herr Menke bezog sich auf den Neubau in der Schimmelstraße und bat um eine Einschätzung zur Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit, vor allem in Bezug auf den Einsatz von Holz.

Herr Klanert antwortete, dass es sein kann, dass beim Neubau in der Schimmelstraße noch nicht das Optimum erreicht ist. Künftig soll diese Aspekte konzeptionell untersetzt werden und auch bei künftigen Hochbauten mit beachtet werden.

Frau Jacobi fragte, in welchen Gebäuden die Heizungsanlagen erneuert wurden, in welchen Gebäuden die Erneuerung der Heizungsanlagen geplant ist, welche Heizungstypen verbaut wurden und ob ein Konzept zum Ausbau des Fernwärmenetzes vorgelegt wird.

Herr Klanert sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Krause fragte, ob über den Einsatz von Energie-Contracting nachgedacht wurde.

Herr Klanert antwortete, dass das Thema bereits 2010 thematisiert und ein Energie-Contractingpool eingeführt wurde. Die Verwaltung stufte aufgrund der Ergebnisse das Energie-Contracting-Modell im Vergleich zum Modell warmes Gebäude als unwirtschaftlich ein.

Herr Krause fragte, ob das Modell kühles Gebäude mit inkludiert ist.

Herr Kleinert verneinte dies.

Frau Jacobi fragte nach den Kriterien zur Eignung von Dachflächen von Photovoltaikanlagen. Des Weiteren fragte sie, ob auch Fassadensolaranlagen in Betracht gezogen werden, wie beispielsweise an der Scheibe A.

Herr Klanert antwortete, dass Photovoltaikanlagen nur wirtschaftlich sind, wenn der erzeugte Strom direkt im Gebäude genutzt werden kann. Bei der Eignung wurde auch die Dachflächengröße berücksichtigt, auch im Hinblick auf künftige Sanierungsmaßnahmen. Zudem wurden nur Gebäude betrachtet, die im öffentlichen Eigentum sind. Dazu gehört die Scheibe A nicht.

Frau Jacobi fragte nach der Definition von elektrobasierend.

Herr Klanert antwortete, dass elektrobasierend voll elektrisch bedeutet.

Frau Krischok sprach Synergieeffekte innerhalb und außerhalb der Verwaltung an und fragte nach der Zusammenarbeit mit der EVH.

Herr Bürger antwortete, dass es bereits Gespräche zur Kooperation und der Roadmap Klimaneutralität in der vergangenen Woche gab. Folgetermine sind angesetzt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.2 Anfragen des Stadtrates, Herrn Streckenbach zur Erweiterung des Flughafens Leipzig Halle in der Stadtratssitzung am 25.5.2022
Vorlage: VII/2022/04164**

Herr Rebenstorf informierte über die Erweiterung des Flughafens Leipzig/ Halle.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte nach den zusätzlichen Flugbewegungen in der Nacht. Des Weiteren fragte sie nach dem aktuellen Stand zur Forderung eines Schallschutzkonzepts, einer Betroffenheitsanalyse und des lehrmedizinischen Gutachtens. Sollte davon abgewichen worden sein, bat sie um Erläuterung der Gründe.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass sie die Fragen nochmal konkretisieren wird.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.3 Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04159**

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.4 Information zum Sachstand Standortstudie Zukunftszentrum
Vorlage: VII/2022/04151**

Herr Rebenstorf informierte anhand einer Präsentation über den Sachstand Standortstudie Zukunftszentrum.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.5 Informationen zum Zustand der Dölauer Heide
Vorlage: VII/2022/04211**

Frau Jacobi fragte, ob es auch nochmal einen Sachstand zum kompletten Stadtwald geben wird.

Herr Johannemann sicherte eine Berichterstattung nach der Sommerpause 2022 zu.

Herr Rebenstorf bat darum, offene Frage nochmal schriftliche einzureichen, um das gemeinsam mit der Berichterstattung zum gesamten Stadtwald mit behandeln zu können.

Herr Doege bat darum, eine Idee vorzuzeigen, wie sich die Stadtverwaltung künftig den Stadtwald vorstellt.

Herr Johannemann sagte, dass der Waldbeirat derzeit das Leitbild für einen Stadtwald diskutiert und erarbeitet. Ende des Jahres soll es dazu einen Zwischenbericht geben.

Herr Bernstiel fragte, ob es neue Erkenntnisse gibt, wie die Ausbreitung des schwarzen Rußes verhindert werden kann.

Herr Johannemann antwortete, dass die Trockenheit die Ausbreitung der Rußrindenkrankheit begünstigt.

Herr Bernstiel bezog sich auf die vergangenen Baumpflanzaktionen und fragte nach der Anwachsquote.

Herr Johannemann verwies auf die Antwort der Verwaltung unter TOP 7.5.

Frau Jacobi fragte, ob die Angabe zu den Bergahornen, die mit der Rußrindenkrankheit befallen sind, nicht zu optimistisch veranschlagt wurde.

Herr Johannemann sagte, dass die Zahlen korrekt sind.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Anfrage der Stadträtin Beate Gellert zum „Birkenwäldchen“ im Pestalozzi-Park
Vorlage: VII/2022/04009

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Anfrage der SPD-Fraktion zu Ladezonen im Paulusviertel
Vorlage: VII/2022/04094

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur aktuellen Ausstattung mit Abbiegeassistenten im Fuhrpark der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04096

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Schwerpunktkontrolle durch das Ordnungsamt rund um Schulstandorte
Vorlage: VII/2022/04098

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Kulturpfllegemaßnahmen im Rahmen der Baumpflanzaktionen in der Dölauer Heide
Vorlage: VII/2022/04108

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.6 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Prüfergebnis der Befragung zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben
Vorlage: VII/2022/04109

Frau Jacobi bezog sich auf die Umfrage und sagte, dass nur Unternehmen befragt wurden, die wenig mit der Subkultur zu tun hätten. Sie fragte, ob die Stadtverwaltung plant, die Umfrage zu erweitern und auch gemeinnützige Veranstaltende mit einbezieht.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.7 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok zur Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren im Winter
Vorlage: VII/2022/04127

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.8 Frau Thomann zum TOP 7.5

Frau Thomann bezog sich auf die Anfrage unter TOP 7.5 (Baumpflanzaktionen in der Dölauer Heide) und bat um Nennung der Baumwarten, die gepflanzt wurden.

Herr Johannemann sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.9 Frau Krischok zum langen Tag der Stadtnatur

Frau Krischok stellte eine vorab schriftliche eingereichte Anfrage zum langen Tag der Stadtnatur:

Mit welchen konkreten Aktivitäten beteiligt sich die Stadt am „Langen Tag der Stadtnatur“?

Herr Johannemann antwortete, dass zwei Aktionen geplant sind: ein Infostand zum Thema Baumpatenschaften und Gießen von Straßenbäumen und das Angebot zum Basteln von kostenfreien Nistplätzen.

zu 7.10 Frau Krischok zum Toilettencontainer auf der Ziegelwiese

Frau Krischok stellte eine vorab schriftliche eingereichte Anfrage zum Toilettencontainer auf der Ziegelwiese:

Was bedeutet der Begriff „tagsüber“ im Zusammenhang mit der Öffnungszeit des Toilettencontainers auf der Ziegelwiese?

Herr Bürger antwortete, dass die Toilette von Montag bis Sonntag von 7 bis 22 Uhr (samstags länger) geöffnet hat.

zu 7.11 Frau Krischok zum Runden Tisch Wasserhaushalt

Frau Krischok stellte eine vorab schriftliche eingereichte Anfrage zum Runden Tisch Wasserhaushalt:

Wann hat der „Runde Tisch Wasserhaushalt“ das letzte Mal getagt, mit welchen Inhalten bzw. welchen Ergebnissen?

Herr Johannemann antwortete, dass die letzte Tagung am 23. September 2021 stattfand. Inhalt waren organisatorische Fragen, Information zur Entwicklung der Wasserstände in Standgewässern im Stadtgebiet als auch Informationen zur Wasserhaushaltsbilanz für kleine Einzugsgebiete. Die Unterlagen sind allen Fraktionen und Teilnehmern im Oktober 2021 zugegangen.

zu 7.12 Herr Aldag zum Überlaufbauwerk

Herr Aldag berichtete, dass an der Weißen Elster, Höhe Elsterstraße, im Süden der Stadt, Steine mit Betonresten am Überlaufbauwerk wild geschüttet wurden, die auch weiß ins Flussbett der Weißen Elster reinragen. Er bat um Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Johannemann antwortete, dass es dabei um eine Entlastung vom Abwasserpumpwerk Silberhöhe geht. Er sicherte eine Prüfung zu und verwies dabei auf die Sanierungsmaßnahme der HWS.

zu 7.13 Herr Aldag zum Gravo Druck

Herr Aldag bezog sich auf das Verkehrsgutachten zur Baumaßnahme Gravo Druck und fragte nach dem derzeitigen Verkehrsaufkommen.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.14 Frau Jacobi zum Baumkataster

Frau Jacobi fragte, ob im Baumkataster alle Bäume erfasst sind (Aktueller Stand 36.000 Bäume). Zudem ist nur bei circa einem Drittel der erfassten Bäume das Pflanzjahr abgebildet.

Herr Johannemann sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.15 Frau Jacobi zur Baumschutzsatzung

Frau Jacobi fragte nach der Präsentation zur Baumschutzsatzung.

Herr Rebenstorf sicherte eine zeitnahe Zusendung der Präsentation zu.

zu 7.16 Frau Jacobi zur Trothaer Straße

Frau Jacobi fragte nach der ausstehenden Antwort zu einer Anfrage zur Trothaer Straße 75 in der Ausschusssitzung im Mai 2022.

Herr Rebenstorf sicherte eine Prüfung zu.

zu 7.17 Frau Jacobi zu Spontanpartys

Frau Jacobi bezog sich auf ihre Anfrage im Stadtrat (März 2022) zu den Anpassungen der Schallschutzemissionswerte bei Spontanpartys und bat um Stellungnahme zu den Unterschieden zu der Bundesverordnung im Punkt Entfernung der Messpunkte.

Herr Teschner sagte, dass es sich dabei um eine praktikablere Anwendung handelt. Die Schallschutzausweitung wurde vorab rechnerisch ermittelt.

Frau Wolf ergänzte, dass sich die Bundesverordnung eher auf Gewerbelärm bezieht.

zu 7.18 Herr Bernstiel zur Ziegelwiese

Herr Bernstiel bezog sich auf die Abnahme der Saale Fähre und fragte nach dem aktuellen Stand.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Vorabinformation des Wasserstraßenschiffahrtsamts positiv war. Ein aktueller Stand liegt ihm zurzeit noch nicht vor. Er geht von der Erteilung der Genehmigung aus.

zu 7.19 Herr Bernstiel zu publikumswirksamen Veranstaltungen

Herr Bernstiel bezog sich auf zwei gestrige Veranstaltungen (Knoblauchsmittwoch/ Firmenlauf) und sagte, dass vor allem bei publikumswirksamen Veranstaltungen seiner Meinung nach das Ordnungsamt besonders viel kontrolliert. Er betonte, dass er parkende Autos auf Gehwegen nicht begrüßt, man dennoch mit Augenmaß agieren sollte. Er fragte, ob es gezielte Anweisungen gab, diese Plätze verstärkt zu kontrollieren und regte an, künftig andere Stadtteile zu solchen Veranstaltungen zu kontrollieren.

Herr Teschner drückte sein Unverständnis über die Frage und Anregung aus. Es gab keinen Auftrag, in diesem Bereich verstärkter zu kontrollieren. Er betonte, dass die Fahrzeuge auch abgeschleppt hätten werden können. Zudem ist es Sache des Veranstalters, Parkplätze zur Verfügung zu stellen, beispielsweise durch Anmietung von Flächen.

zu 8 Anregungen

zu 8.1 Frau Jacobi zum Themenspeicher

Frau Jacobi regte die Einführung eines Themenspeichers für diesen Ausschuss an. Des Weiteren regte sie für den Themenspeicher eine gemeinsame Sitzung mit dem Waldbeirat an.

Herr Johannemann wies darauf hin, dass der Waldbeirat ausschließlich per Videokonferenz tagt.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin